

Bericht aus dem Kreistag

Ausgabe 3/ 2017 — 19. Juni 2017



Liebe
Leserin,
lieber
Leser,
in der
heutigen
Kreistags-
sitzung
hat die
Kreispoli-
tik wieder
eine ganze
Menge

setzt. Zur weiteren Unterstützung hat der Kreistag zusätzlich eine Resolution beschlossen, die das Engagement zusammenfasst.

Der beschlossene Anbau am Kreishaus könnte die Frage aufwerfen, ob die Maßnahme wirklich erforderlich ist. Die räumliche Enge an vielen Arbeitsplätzen im Kreishaus, der Umzug des Gesundheitsdienstes von Landkreis und Stadt Osnabrück von der Hakenstraße in Osnabrück ins Kreishaus sowie weitere Aufgaben, die von der Bundesebene auf den Landkreis übertragen werden, lassen zur Zeit keine andere Möglichkeit zu. Wir wollen uns aber in den nächsten Monaten intensiv mit einer Aufgabenkritik beschäftigen, um die Kreisverwaltung im Interesse der Bürger auch zukünftig effizient aufzustellen.

Am Donnerstag beginnen die Sommerferien. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne Urlaubszeit und freue mich darauf, Sie nach den Ferien gesund und munter wiederzusehen.

Herzlichst! Ihr

Martin Bäumer

Beschlüsse gefasst. Deshalb, und weil wir in den vergangenen Wochen weitere Themen wie die Downhill-Problematik diskutiert und in Berge einen ökologisch wirtschaftenden Betrieb besichtigt haben, ist dieser „Bericht aus dem Kreistag“ umfangreicher als gewohnt. Für Sie hat das den Vorteil, dass Sie sich bei allen Themen gut informiert fühlen können.

Das Osnabrücker Land steht fest an der Seite der Mitarbeiter der Firma Homann, die an den Standorten Bad Essen und Dissen um ihre Arbeitsplätze fürchten. Das hat die Demonstration im April ebenso gezeigt wie die vielfältigen Aktivitäten von Politik und Verwaltung auf städtischer Ebene wie auch auf der Kreisebene. Auch die Europa, Bundestags- und Landtagsabgeordneten haben sich über alle Parteigrenzen hinweg für Homann einge-

Unsere Themen

- Breitbandversorgung im ländlichen Raum
- Resolution zur Firma Homann in Dissen
- Einführung von Triple P als neue Hilfform der Hilfen zur Erziehung
- Errichtung eines gymnasialen Angebots an der Oberschule Hagen a.T.W.
- Festsetzung eines Wasserschutzgebietes Flächenerwerb durch die untere Naturschutzbehörde
- Neuregelung der Ausgleichszahlungen für Auszubildende im öffentlichen Personennahverkehr
- Errichtung eines Bürogebäudes Sportförderung 2017
- CDU/FDP-CDW-Gruppe besucht die Comeniusschule in GMHütte
- Downhill am Dörenberg
- CDU/FDP-CDW-Gruppe besucht das neue Veranstaltungszentrum Schwagstorf
- CDU/FDP-CDW-Gruppe zu Besuch auf dem landwirtschaftlichen Betrieb der Familie Holtheide in Berge
- CDU/FDP-CDW-Gruppe besucht Grese-lius-Gymnasium
- Freie Fahrt für Oberstufenschüler im Kreis Osnabrück ab 2018



CDU-Kreistagsfraktion Osnabrück
Fraktionsvorsitzender Martin Bäumer, MdL
Am Schölerberg 1 | 49082 Osnabrück | 0541 501-2084
cdu.osland@t-online.de | www.cdu-kreistagsfraktion-osnabrueck.de

CDU FRAKTION
IM KREISTAG DES LANDKREISES OSNABRÜCK

Breitbandversorgung im ländlichen Raum



Die Vorlage zum Breitbandausbau, die wir gleich zu Beginn dieser Kreistagsitzung beraten,

hat eine augenscheinlich nüchterne und eine verdeckt emotionale Ebene.

Zur nüchternen Dimension gehört, dass der Kreistag, der Landrat, der Landkreis Osnabrück, Breitbandausbau in unserer Region auf Augenhöhe mit den kreisangehörigen Gemeinden organisieren wollen.

Auf Augenhöhe deswegen, weil in Zukunft ein Steuerungskreis aus Vertretern der Samtgemeinden, Städte und Gemeinden sowie des Landkreises Osnabrück über das operative Geschäft des Breitbandausbaus in all jenen Regionen entscheidet, in denen die freie Wirtschaft diesen nicht leisten wird.

Ein gutes Signal, welches sich einreicht in eine Reihe kollegialer Politikfelder, in denen der Landkreis große, zukunftsweisende Aufgaben eben gemeinsam mit den kreisangehörigen Gemeinden schultert - ich nenne beispielhaft die Einigung bei den Schulsachkosten oder die Beteiligung des Landkreises an den gestiegenen KiTa-Kosten der Gemeinden.

Und, meine Damen und Herren, diese Vorlage hat eine emotionale Ebene in gleich mehrfachen Schattierungen:

1. Breitbandausbau in der Fläche kann, weil es ein am Ende überregionales Infrastrukturprojekt ist und der Schaffung gleicher Lebens- und Wirtschaftsbedingungen ist, kein in erster Linie kommunales Anliegen sein. Um so höher ist die Initiative des Landkreises zu bewerten, gemeinsam den Städten kommunales Geld für dieses Infrastrukturprogramm in die Hand zu nehmen.

2. Zumindest hilft uns der Bund bei dieser großen Aufgabe des Breitbandausbaus in der Fläche unserer Region. Und dies gleich zweifach: In diesem ersten Schritt bewilligte der Bund dem Landkreis 15 Millionen Euro, weitere fünf Millionen Euro Bundesgelder kommen hinzu, die über das Land weitergeleitet wurden.

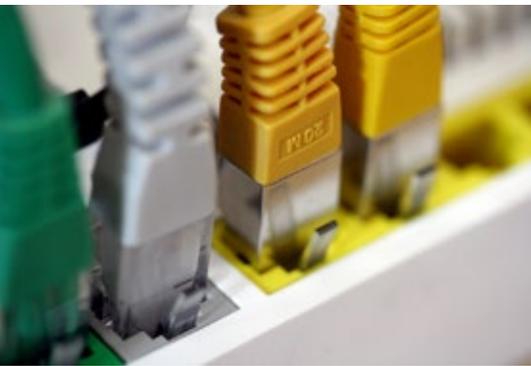
Leider hilft uns das Land nicht. Kein Cent Landesgeld fließt in den Breitbandausbau im Landkreis Osnabrück, kein Cent. Kann es auch gar nicht, weil das Land für originären Breitbandausbau kein eigenes Geld im Haushalt hat.

Ein unglaubliches infrastrukturpolitisches Versagen, ein unverantwortliches Alleinlassen der kommunalen Ebene durch das Land. Das muss sich im Interesse der Kommunen und im Interesse der Niedersachsen ändern.

3. Mit den rund 40 Millionen Euro, die der Landkreis bis Ende 2018 aus eigenen Mitteln, aus Mitteln der kreisangehörigen Gemeinden und aus Bundesmitteln in den Breitbandausbau in der Fläche investiert, bewältigen wir die Vergangenheit. Die Zukunft erreichen wir damit nicht.

>> weiter





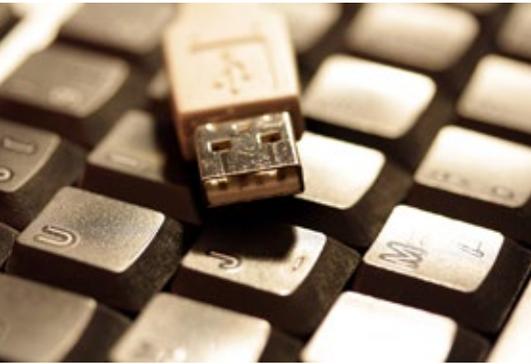
Das ist nicht alleine und nicht über Nacht zu erreichen, fordert uns aber auf, angesichts des Errichten uns nicht selbstzufrieden zurück zu lehnen, sondern den Breitbandausbau schnell konzeptionell weiter zu entwickeln. Das gilt insbesondere für die zuständigen Stellen in der Kreisverwaltung.

Einrichtung verwaltungsinterner Gremienstrukturen.

40 Millionen bis Ende 2018, weitere Millionen werden und müssen folgen - hoffentlich und notwendig unter finanzieller Beteiligung des Landes.

Wir wollen, wir müssen Gigabyte-Landkreis werden, um unsere Pole-Position unter den Landkreisen Niedersachsens und Deutschlands auch in Zukunft halten zu können.

Christian Calderone



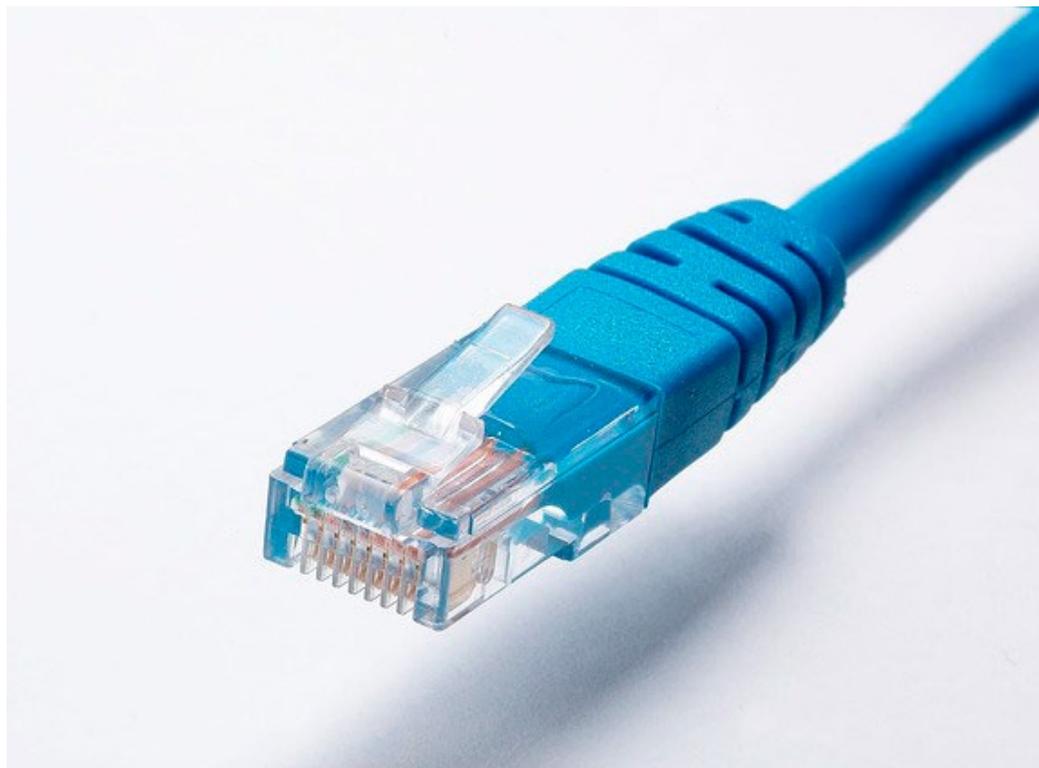
4. Tatsache ist, und eine Bertelsmann-Studie aus Mai 2017 belegt dieses, dass Deutschland beim Breitbandausbau hinterher hinkt, während die meisten OECD-Länder Breitband als wichtigste Infrastruktur erkannt haben:

So habe Estland 73 Prozent Abdeckung mit Glasfaserkabeln, Schweden 56 Prozent, Spanien 53 Prozent und die Schweiz 27 Prozent. In Deutschland sind es dagegen nur 6,6 Prozent. Also, meine Damen und Herren, auch im Landkreis Osnabrück gibt es noch viel zu tun. Und da kommt es darauf an, was am Ende dabei heraus kommt, nicht - so nötig das alles ist - auf die



Die Zukunft heißt nämlich nicht 30 oder 50 Megabit pro Sekunde, die Zukunft heißt 1000 Megabit oder ein Gigabyte pro Sekunde.

Wir müssen als einwohnerstärkster Landkreis Niedersachsens, wir müssen als einer der wirtschaftsstärksten Landkreise Niedersachsens, wir müssen als finanzstärkster Landkreis Niedersachsens Gigabyte-Landkreis werden.



Resolution zur Firma Homann in Dissen



Die Ankündigung der Müller Gruppe zur favorisierten Standortverlagerung des Traditionsunternehmens Homann hat uns alle geschockt.

Ich bin mir sicher, ich muss niemanden im Raum erklären, wie emotional belastend diese Mitteilung, nicht nur für die Belegschaft, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Kommunen, war und auch noch ist. Gerade am Stammsitz der Firma Homann in Dissen identifizieren wir uns mit dem Traditionsunternehmen. Viel ist mit dem Namen verbunden: die Entwicklung der Stadt, die Stadtrechte und auch die Gründung des Krankenhauses. Dies alles war spürbar bei der Demonstration und der anschließenden Menschenkette rund um das Areal des Stammwerkes.

Bei all der Emotionalität dürfen wir aber den Blick auf das Wesentliche und für uns als Politik Machbare nicht verschließen. Aber genau bei diesem Punkt darf ich feststellen, dass sowohl Rat und Verwaltung in Dissen, wie auch, in absolut vorbildlicher Weise, die Verwaltung hier im Kreishaus ihre Hausaufgaben gemacht haben: Abstimmungen, Beschaffung der Flächen, die Bauleitplanung, bis hin

zur Rodung, um die Baureife in diesem Sommer zu garantieren und auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Bereitstellung neuer Industrieflächen – heute keine Selbstverständlichkeit. Und gerade deshalb trifft uns die plötzliche und über die Presse getätigte Ankündigung so hart.

Gute Umgangsformen sehen anders aus. Aber bei all dem, was da in unseren Bäuichen so grummelt, unabwendbar ist: Es ist und bleibt eine Unternehmensentscheidung.

Solange Gesprächsbereitschaft besteht, gilt es gemeinsam mit dem Betriebsrat, der Landesregierung und der Stadt Dissen die strukturellen und wirtschaftlichen Vorteile unserer Region herauszustellen. Bei all der Betroffenheit: Überzeugungsarbeit ist gefragt, nicht Verurteilung.

Ich möchte mich bedanken – auch als Dissener Ratsfrau – bei den Mitarbeitern im Kreishaus und ganz besonders bei unserem Landrat Dr. Michael Lübbersmann für die Unterstützung, die

wir in Dissen bekommen. Hier wurde in den vergangenen Monaten großartig, konstruktiv und vertrauensvoll gearbeitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sie dürfen mir alle glauben, wenn ich heute sage: „Nichts wünsche ich mir im Moment mehr, als dass meine kleine, liebens- und lebenswerte Heimatstadt, nicht mehr unverschuldet für negative Schlagzeilen sorgt.“ Deshalb kann ich auch eine positive Anmerkung an dieser Stelle einfach nicht unterdrücken.

In der Resolution der Stadt Osnabrück habe ich mit großer Freude gelesen, dass der Rat der Stadt Osnabrück den Rat der Stadt Dissen unterstützt. Das ist sicher nicht der Beginn einer wunderbaren Freundschaft und man hätte sich diese Unterstützung an anderer Stelle schon vor Jahren gewünscht, aber es kann doch ein Anfang sein, um gemeinsam und lösungsorientiert an bekannten Problemen zu arbeiten.

Meike Krüger



Durchführung eines Projektes „Einführung von Triple P als neue Hilfeform der Hilfen zur Erziehung“. Finanzierung des Projektes durch Inanspruchnahme eines Sozial Impact Bond (SIB)



Dieser Tagesordnungs- punkt bietet viel Spiel- raum für lange Erklärungen und wie wir

In drei Sozialräumen wird den Eltern eine zusätzliche Hilfeform angeboten. Es wird nichts gestrichen – es gibt etwas „on Top“. In der Dreiecksbeziehung zwischen Klient, Jugendamt und Trägern wird sich nichts verändern. Die Eltern werden aber die Möglichkeit haben, neben den Bewährten Angeboten der Hilfen zur Erziehung, Triple P zu wählen. Triple P ist ein weltweit anerkanntes Programm, das auf positive Erziehung und Hilfe zur Selbsthilfe setzt.

in den vergangenen Monaten gemerkt haben, auch für viel Interpretationen. Es gab viele Fragen und auch Bedenken von Seiten der Freien Wohlfahrtspflege zur Einführung von Triple P als neue Hilfeform der Hilfen zur Erziehung in Kombination mit der völlig neuartigen Finanzierungsform durch die Inanspruchnahme eines Sozial Impact Bond.

Im Namen der CDU/FDP/CDW Gruppe bedanke ich mich bei der Verwaltung für die vielen Präsentationen, die extra einberufene Informationsveranstaltung und die Geduld bei der Beantwortung unserer zahlreicher Fragen. Bei den Freien Trägern bedanke ich mich im Namen unserer Gruppe für die vielen offenen und konstruktiven Gespräche. Sie sind uns ein verlässlicher Partner und deshalb nehmen wir die Anregungen und Bedenken auch erst.

Wie im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie bereits erläutert, sehen wir aber die Chancen dieses Projektes.

Die Finanzierung dieses Projektes über einen Sozial Impact Bond unterstreicht den Projektcharakter. Der SIB bietet uns die Möglichkeit, mit diesem Projekt an den Start zu gehen. Die soziale Dienstleistung wird privat vorfinanziert und im Erfolgsfall öffentlich rückvergütet. Konkrete Rahmenbedingungen wie die festgelegten Wirkungsziele und die Evaluation durch einen unabhängigen Gutachter bieten uns eine objektive Begleitung und Bewertung am Ende des Projektes. Der Kritik, dass private Geldgeber mit Renditeabsicht Einfluss auf das Angebot der Jugendhilfe nehmen, möchte ich an dieser Stelle widersprechen. Die Idee zur Implementierung von Triple P kam nicht vom Geldgeber, sondern vom Jugendamt. Schließlich dürfen wir wohl alle davon ausgehen, dass sich 25 andere Länder unserer Welt nicht komplett irren, wenn sie Triple P anwenden. Die Rendite beläuft sich maximal auf den in diesem Bereich eingesparten Betrag und wird im Vorfeld noch festgelegt. Die Funk-

tionsweise eines SIB schließt die Einflussnahme des Geldgebers, in diesem Fall der Sparkasse Bersenbrück, aus.

Wir gehen hier heute einen großen Schritt. Mit diesem Beschluss werden wir als Landkreis Osnabrück nicht nur prüfen, ob Triple P unseren Familien eine wirksame Hilfe bietet, sondern auch, ob sich ein Sozial Impact Bond als Finanzierungsinstrument eignet. Die CDU/FDP/CDW Gruppe wird diesen innovativen Schritt gehen. Weil man Erfahrungen sammeln muss, um Dinge abschließend bewerten zu können und um sich positiv weiter zu entwickeln.

Meike Krüger



Errichtung eines gymnasialen Angebots an der Oberschule Hagen a.T.W.



Ich möchte als Kreistagsmitglied der Gemeinde Hagen a.T.W. und auch als dortige Schul-

ausschussvorsitzende die Gelegenheit nutzen und zu diesem TOP kurz sprechen.

In den Haushaltsberatung 2017 der Gemeinde Hagen wurde an die Verwaltung der Prüfauftrag gegeben, zu beleuchten, ob es möglich wäre, analog der Gemeinde Bissendorf, ein gymnasiales Angebot an der Oberschule in Hagen einzurichten.

Die Gemeindeverwaltung prüfte zunächst, ob die erforderlichen Schülerzahlen erreicht werden. Gleichzeitig wurde der Antrag in den schulischen Gremien - der Schüler und Elternvertretung und im Schulvorstand der Oberschule - beraten.

Der Schulleiter der Oberschule teilte mit, dass die schulischen Gremien den Antrag des Schulträgers vollumfänglich und mit Freude unterstützen. Das war die kleine Reise in die Gemeinde Hagen a.T.W..

Nun zur heutigen Beschlussfassung:
Gemäß Niedersächsischem Schulgesetz muss der Schulträger des Gymnasiums, an dem die Schüler ansonsten beschult würden - hier der Landkreis Osnabrück als Schulträger des Gymnasiums Oesede- der Einrichtung des gymnasialen Angebotes zustimmen.

Die Landkreis Verwaltung hat uns als Kreistagsmitglieder in der uns vorliegenden Vorlage umfassend informiert. Die errechneten Schülerzahlen passen, das Gymnasium Oesede wird nicht gefährdet, die Schulsachkosten werden durch die Gemeinde Hagen getragen, auf die Oberschulen im Umkreis der Gemeinde Hagen hat die Errichtung des gymnasialen Angebots keine Auswirkungen.

Der für Hagen „schönste“ Satz der Vorlage lautet:
Somit kann der Landkreis dem Antrag der Gemeinde Hagen a.T.W. zustimmen.

Ein Gedanke sei mir noch erlaubt. Jetzt heißt es für uns als Kreistag aber auch für die Landkreis Verwaltung weiterhin mit Hochdruck daran zu arbeiten, dass der Übergang für die Schüler aller Oberschulen aber auch aller Realschulen und aller IGSen in die Oberstufen unserer Gymnasien reibungslos funktioniert.

Ilka Pötter



Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Brunnen Gattberg, Icker und Powe der Gemeinde Belm sowie den Brunnen Nettetal der Stadtwerke Osnabrück



Ziel einer Wasserschutzgebietverordnung ist unter anderem, einen Anstieg der Nitratbelastung

Durch Mischung dieser Rohwässer im Wasserwerk Belm, mit denen der Brunnen Gattberg 1 und 2, die weniger belastete Rohwässer hervorbringen (15mg/l), ist es der Gemeinde Belm möglich, jederzeit die Vorgaben der Trinkwasserschutzverordnung einzuhalten.

Dies gilt auch für den Brunnen im Nettetal, der nur einen erhöhten Nitratgehalt aufweist (30mg/l), ansonsten aber ein qualitativ hochwertiges Rohwasser hervorbringt.

Um dies weiterhin zu gewährleisten oder gar zu verbessern, ist es wichtig, eine Wasserschutzverordnung für Belm/Nettetal zu verabschieden.

Die Wasserschutzverordnung wird in drei Schutzzonen eingeteilt. Dort wird geregelt, was zukünftig verboten, beschränkt zulässig oder zulässig ist.

Zum Beispiel:

In der Schutzzone 1

Verbot von Düngung, nur Befugte dürfen diese betreten.
Nur Befugte dürfen Pflegemaßnahmen an der Vegetation vornehmen.
Wartung der Wassergewinnungsanlage sind erlaubt.

In der Schutzzone 2 und 3:

Hier ist die Düngung, das Pflügen der Böden, das Anwenden von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden und alles, was sich negativ auf das Trinkwasser auswirken kann, geregelt. Trinkwasser ist uns wichtig und sollte da, wo es notwendig ist, unter Schutz gestellt werden.

Sandra Wallenhorst

und einer eventuellen Überschreitung der Grenzwerte der Trinkwasserverordnung (50mg/l) von vornherein und auf Dauer zu verhindern bzw. diesem entgegenzuwirken.

Die Brunnen in Belm, Gattberg 1 und 2, Powe und Icker sowie der Brunnen im Nettetal sind durch intensive land- und forstwirtschaftliche Nutzung geprägt.

Über 60% des zukünftigen Schutzgebietes werden aktuell als Acker- und Grünfläche genutzt.

32% dienen der forstwirtschaftlichen Nutzung und nur 5% des geplanten Schutzgebietes werden derzeit durch Siedlungsflächen belegt.

Im Moment weisen die Brunnen Powe und Icker einen erhöhten Nitratgehalt auf (über 50 mg/l), was wahrscheinlich hauptsächlich durch eine intensive Düngung der landwirtschaftlichen Kulturen erfolgt.

Flächenerwerb durch die untere Naturschutzbehörde



Auch wenn die untere Naturschutzbehörde seit über 50 Jahren selbst keine Flächen ange-

kauft hat, hat sie dies in den vergangenen Jahren immer wieder für Dritte getan.

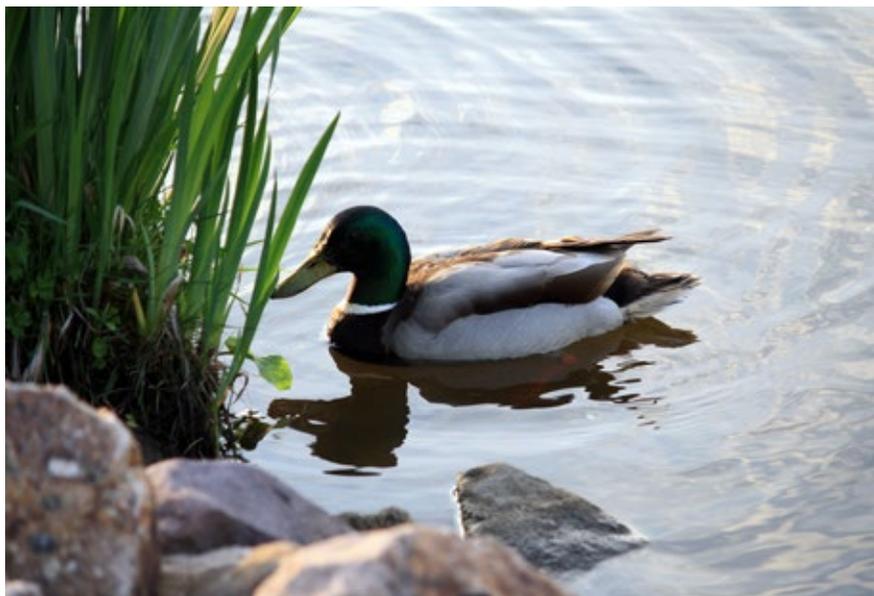
Dies passt jedoch nicht immer!

Es ist wichtig, dass die untere Naturschutzbehörde, bei durch Ersatzgeldern erworbenen Flächen auch den uneingeschränkten Einfluss auf die Nutzung dieser hat.

Es ist aber nicht vorgesehen, stärker als bisher Flächen aus dem ohnehin angespannten Bodenmarkt zu kaufen.

Zusätzliche Belastungen für den Haushalt ergeben sich durch diesen Beschluss auch in der Zukunft nicht.

Bernward Abing



Umsetzung des Landesgesetzes „zur Neuregelung der Ausgleichszahlungen für Auszubildende im öffentlichen Personennahverkehr und zur Ersetzung bundesrechtlicher Ausgleichsvorschriften“ im Landkreis-Weiterentwicklung der „Allgemeinen Vorschrift“



Ich darf heute zu einem recht „sperigen“ Gesetz sprechen, über das wir bereits in der letzten

Kreistagsitzung einen ersten -vorläufigen- Beschluss getätigt haben.

In dieser Dezembersitzung war uns bewusst, dass wir für das im Februar beginnende 2. Halbjahr eine -vorläufige- rechtliche Grundlage schaffen

mussten:

Wir wollten ja vermeiden, dass die Kinder ab Februar vom Schulbus nicht mehr mitgenommen würden!

Heute wird der „Paradigmenwechsel“ vollzogen: nun tritt endgültig an die Stelle der direkten Zahlungen des Landes an die Unternehmen ein System, in dem die LNVG die Mittel den Landkreisen und kreisfreien Städten zweckgebunden zur Weiterleitung an die betroffenen Busunternehmen zur Verfügung stellt. Im Land Niedersachsen geht es dabei um 90 Mio. €. Auf den Landkreis Osnabrück entfallen 6,42 Mio €.

Nun liegt uns die Satzung über die „Festsetzung von Höchsttarifen für Fahrausweise im straßengebundenen

öffentlichen Personennahverkehr auf Basis von Liniengenehmigungen“ samt Anlage 1 vor.

Ich glaube, an dieser Stelle sollten wir uns herzlich bei der Kreisverwaltung für diese spektakuläre Arbeit bedanken! Es sind zwar nur einige „Blätter“, aber dahinter verbirgt sich eine „Herkulesaufgabe“: zum einen eine juristisch sehr komplizierte Satzung und zum anderen Fahrpreistabellen, die zwischen den Busunternehmen und der Kreisverwaltung dezidiert in den letzten Wochen ausgehandelt wurden.

Susanne Breiwe

Foto: Anja Hofffilter



Errichtung eines Bürogebäudes



Die räumlichen Engpässe im Kreishaus sind uns seit längerem bekannt. Und nicht zuletzt deshalb, son-

dern auch andere hinzukommende Aufgaben durch Verlagerungen von Bund und Land haben dazu geführt, dass der Landrat uns im März auf die Notwendigkeit der Errichtung eines Bürogebäudes hingewiesen hat.

Deshalb ist in der letzten Sitzung des Kreistages im März diesen Jahres der Grundsatzbeschluss gefasst worden, dass der Landkreis ein neues Bürogebäude baut.

In verschiedenen Sitzungen der Fraktion und im Aufsichtsrat der BEVOS sind in der Zwischenzeit alle Alternativen diskutiert worden. Die Schaffung von Räumlichkeiten im eigenen Bestand ist gegenüber einer Anmietung vorzuziehen. Nicht zuletzt auch wegen des vorhandenen Grundstücks auf dem Gelände des Kreishauses kommt nur ein Neubau in Frage.

Die BEVOS (Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH Landkreis Osnabrück) wird beauftragt, ein Bürogebäude mit 118 Büroeinheiten als Ergänzungsbau zum Kreishaus zu realisieren. Mit der Errichtung dieses Gebäudes können auch die

angedachten vorübergehenden Auslagerungen von Organisationseinheiten vermieden werden.

Denn die sanierungsbedingten Arbeiten im Kreishaus machen ein Verlagern der Arbeitsplätze für einen Übergangszeitraum notwendig. Die einmaligen Herrichtungs-, Rückbau- und sonstige Kosten der ehemaligen Förderschule in Belm zu Büroräumen von insgesamt knapp 700.000 € können eingespart werden. Die Investitionskosten werden ca. 13 Millionen € betragen. Als Eigenkapital werden 2 Millionen € eingebracht. Eine Nettoverschuldung des Landkreises soll möglichst vermieden werden.

Neben der Nutzung dieser neuen Büroräume durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jetzt schon im Kreishaus beschäftigt sind, wird auch der Gesundheitsdienst in die neuen Räume einziehen. Zur Zeit ist dieser in der Hakenstraße in Osnabrück untergebracht. Der Standort wird aufgegeben und zieht mit ca. 30 Räumen in die neuen Büroräume ein. Die Stadt Osnabrück als Mitverantwortliche des Fachdienstes Gesundheit, hat in seinen Gremien bereits entsprechende

Beschlüsse gefasst.

Auch wenn das Investieren in Verwaltungsräume nicht zu Beifallsbekundungen in der Öffentlichkeit beiträgt, können wir unsere Augen vor der Realität nicht verschließen.

Wir kommen nicht umhin, diese Büroräume zu schaffen und deshalb sollten wir dieser Investition auch etwas Gutes abgewinnen:

1. Es entsteht ein eigenständiges Gebäude, das jederzeit auch anderen Nutzungen (Vermietung, Verkauf) zugeführt werden kann.
2. Das Zinsniveau ist nach wie vor historisch günstig.

Es ist allerdings wichtig, unsere kommunalen Partner, die Städte und Gemeinden des Landkreises, mit ins Boot zu nehmen. Der Eindruck, die Städte und Gemeinden zahlen durch ihre Kreisumlage das Verwaltungsgebäude mit und wir geben Ihnen nicht genug zurück, muss partnerschaftlich ausdiskutiert werden und zu einem zufriedenstellenden Ergebnis für einen längeren Zeitraum führen. Dann werden wir alle die Gewinner sein.

Friedrich Meinker





Sportförderung 2017 – „Wertschätzung im Ehrenamt“

Der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, Martin Bäumer, der sportpolitische Sprecher Christoph Ruthemeyer sowie weitere Kreispolitiker besuchten am 17.03.2017 den Hagener Sportverein, um vor Ort den konkreten Nutzen des neuen Sportförderprogramms vorzustellen.

Nach Ausarbeitung eines durchdachten Konzeptes zur Sportförderung 2017 in Zusammenarbeit mit Hans Wedegärtner, dem Vorsitzenden des Kreissportbundes Osnabrück-Land, zeigt sich die CDU-Kreistagsfraktion Osnabrück erfreut, auch in diesem Jahr wieder gezielt Sportvereine im Landkreis Osnabrück zu stärken.

„Hier geht es vor allem um die Förderung von Freiwilligen im Sport, wie zum Beispiel FSJ-Stellen (Freiwilliges Soziales Jahr), die anteilig finanziert

werden und auf die Stärkung von Qualifizierungsmaßnahmen der Trainer. Gerade die gute Ausbildung und stetige Fortbildung fähiger, motivierter Kräfte ist der Grundstein für eine gute Vereinsarbeit“, erläutert Ruthemeyer.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Finanzierung der online-Vernetzung der Sportvereine. Somit obliegt nicht einem Ehrenamtlichen die Pflicht der Mitgliederverwaltung auf dem zumeist eigenen Rechner. Ziel ist es, über eine „Cloud“ mehreren Funktionsträgern online Zugriff auf die Daten zu gewähren und eine gemeinsame Bearbeitung zu ermöglichen.

Den Fokus legen Bäumer und Ruthemeyer ebenso auf das Coaching von Vereinsführungskräften sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen bei einer Vereinsberatung

durch den Landessportbund oder bei Gesprächen zwischen Vereinen zu Vereinskoooperationen. Erwägenswert sind ebenfalls die Förderung von „Erste-Hilfe-Ausbildungen“ sowie „Zuschüsse zu dem Erwerb von Defibrillatoren“.

„Ein erfolgreicher Sportverein braucht nicht nur Topspieler, sondern auch die nötigen Voraussetzungen und finanzielle Unterstützungen, um das Ehrenamt attraktiv zu gestalten. Gut ausgebildete Trainer und die Möglichkeit, moderne Technik nutzen zu können, sind maßgeblich, um erfolgreich zu sein. Dafür setzen wir uns weiterhin ein“, so Martin Bäumer.

Die CDU-Kreistagsfraktion ist seit Jahren verlässlicher Partner der Sportvereine im Landkreis Osnabrück.

Inklusion aus Sicht einer Förderschule - CDU/FDP-CDW-Gruppe besucht die Comeni- usschule in GMHütte

Inklusion und die Planung und Umsetzung der „Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren inklusive Schule“ standen in Mittelpunkt eines Besuchs von Mitgliedern der CDU/ FDP-CDW-Gruppe in der Comenius-
schule in Georgsmarienhütte.

Seit über 40 Jahren werden an der Comenius-
schule in Georgsmarienhütte Förderschüler unterrichtet.



Christoph Ruthemeyer, der bildungs-
politische Sprecher der CDU-Kreis-
tagsfraktion, die Landtagsabgeord-
neten Clemens Lammerskitten und
Christian Calderone und weitere Mit-
glieder der CDU/FDP-CDW-Gruppe
diskutierten vor Ort in der Comeni-
usschule mit Schulleiter Andreas Viehoff
über die Förderschule.

Das Fazit: Individuelle Förderung,
ausgebildete Fachkräfte, kleine Klas-
sen und Schülerfirmen seien elemen-
tare Bausteine für eine erfolgreiche
Entwicklung der Kinder. Sehr positiv
wirke sich die gute Vernetzung mit so-
zialen Einrichtungen aus. Die Zusam-
menarbeit mit der Bildungswerkstatt,
der Agentur für Arbeit, Jugend- und

Gesundheitsämtern und zahlreichen
Partnerbetrieben seien für die Schüler
ein großer Gewinn.

Persönlicher Kontakt

Gerade der enge persönliche Kon-
takt der Lehrkräfte zu den einzelnen
Schülern ermöglichten es, besondere
Talente, Fähigkeiten und Fertigkeit-
en herauszufinden und zu stärken.
Es gebe fast keine Schulabbrüche,
nahezu jeder Schüler erwerbe einen
Hauptschulabschluss und finde auch
einen Ausbildungsplatz.

Im Zuge der Inklusion drohe vielen
Förderschulen das Aus, kritisierten
die CDU-Fraktionsmitglieder. Schüler
mit Förderbedarf seien aber auf eine
intensive Betreuung angewiesen, die
in einer großen Schuleinheit nicht ge-
währleistet sei. Immerhin solle mit der



Errichtung der „Regionalen Beratungs-
und Unterstützungszentren Inklusivi-
ve Schule (RZI)“ eine Beratung und
Unterstützung der Schulen bei der
Qualitätssicherung und Qualitätsent-
wicklung der inklusiven schulischen
Bildung erreicht werden.

RZI an mehreren Standorten?

Doch ist ein RZI, wie im Landkreis
Osnabrück vorgesehen, ausreichend,
fragten sich die Besucher. Christoph
Ruthemeyer betonte: „Sinnvoll wäre
eine Errichtung der RZI an mehreren
Standorten im Landkreis Osnabrück,
idealerweise mit Direktanbindung an
eine Schule.“



NOZ: Downhill am Dörenberg - Polizei kontrollierte erstmals an drei Strecken

Georgsmarienhütte. Rund 230 illegale Strecken oder „Trails“ für Mountainbike-Abfahrten soll es im Landkreis zwischen Hüggl und Hilter geben. An drei Strecken am Dörenberg haben Landkreis, Polizei und Förster am Samstag sechs Abfahrer angehalten. Ihnen drohen Bußgelder.

Von 10 bis 13 Uhr dauerten die polizeilichen Kontrollen beim Forsthaus Oesede in Privatwald sowie im Landesforst am Herrenrest und parallel zum „Zickzackweg“ am Südhang. Weitere Downhiller seien danach gesichtet worden. „Es war viel los“, so Hartmut Escher, Fachdienstleiter Umwelt des Landkreises. Er kündigte weitere unregelmäßige Kontrollen an, wolle aber auch mit Waldbesitzern und den Downhillfahrern die Entwicklung legaler Strecken voranbringen. Diese erste Kontrolle sei als Botschaft an die Downhill-Szene gedacht, um deutlich zu machen, dass regelmäßig gegen Waldgesetz, Naturschutzgesetz und Landschaftsschutz verstoßen werde. Und Schäden entstünden. Die erläuterte einer der beiden seit 1. März über Terra-Vita eingestellten



Gebietsmanager, Michael Siefker: Würden offenliegende Wurzeln beschädigt, befallen Faulpilze die Bäume, das Holz verrotte, ein wirtschaft-

licher Schaden. Der Boden an den Strecken erodiere stärker, das Wild könne sich nicht mehr in betroffene Jungbaumbestände, zugleich deren Kinderstube, zurückziehen.



Kontrolle an beliebten Routen

Ausgewählt worden seien drei besonders häufig befahrene Routen, dort gebe es gut sichtbare Verbotsschilder, erklärte Escher. Während Landkreis, Polizei und Förster ein positives Fazit der Aktion zogen, waren die ertappten Biker weniger erfreut: Eine Vierergruppe aus dem Münsterland habe den Polizeiausweis verlangt und von „Schikane“ gesprochen, während zwei Meller am Nordhang geschwätzten waren, als Ralph Gras, Leiter Einsatz und Streifendienst in Georgsmarienhütte, bei seiner ersten Kontrolle im Wald die Personalien aufnahm. „Wir sind als Kind schon gefahren, die normalen Strecken werden immer langweiliger“, sagte einer der Biker. Diese Strecke sei ihnen seit 20 Jahren

bekannt. Einer begrüßte eine legale Strecke. „Hier könnte ich mir ein komplettes Trail-Center vorstellen, wie wir es in Winterberg oder Willingen haben. Wenn zwei, drei Strecken befahren und ausgebaut werden, finde ich das vollkommen in Ordnung. Die müssen dann natürlich auch interessant gehalten werden.“

Waldgenossenschaft: Wald keine Arena

Insgesamt etwa 60 illegale Strecken gibt es am Dörenberg, es kämen auch neue dazu, Routen verlagerten sich dynamisch, sagte Friedrich Gleissner, Bezirksförster für den Privatwald in der Nähe des Forsthauses. An schönen Wochenenden seien hunderte Downhiller unterwegs. Der Sport etablierte sich zunehmend, beobachtet auch Johannes Meyer zum Alten Borgloh, Vorsitzender der Waldgenossenschaft Osnabrück-Süd mit rund 1900 Mitgliedern, die 9200 Hektar Wald bewirtschaften. Der Wald könne keine „Arena für Randsportarten“ sein, und es sei Aufgabe der Radfahrer, eine legale Strecke zu organisieren. „Das wir dafür bereit

sind, haben wir mehrfach gesagt.“ Der Betreiber müsse garantieren, „dass in den Nachbarwaldstücken das Fahren unterbleibt“. Er schätze, „das ist eine Herkulesaufgabe“. Waldarbeiten seien schwierig, „wenn da plötzlich jemand runtergesaut kommt“. „Wir wären bereit, Downhill zu ermöglichen“, sagte auch Ulrich Zeigermann, Leiter des Niedersächsischen Forstamts Ankum für die Landesforsten. Gescheitert sei es bisher daran, jemanden zu finden, der die Haftung für eine legale Strecke übernehme.

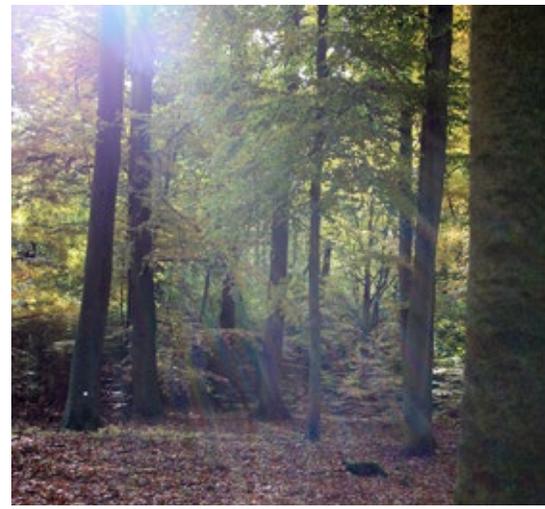
Bußgelder von 100 Euro möglich

„Personalien aufnehmen darf nur die Polizei“, so Escher. „Wir leiten mit den Daten ein Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Anhörung ein“, vorgesehen seien Bußgelder von 100 Euro. Denn die Informationsaktion vor einigen Jahren sei wirkungslos gewesen. „Heute wollen wir deutlich machen: So geht es nicht weiter.“ Das sah auch CDU-Landespolitiker Martin Bäumler so, der dazu eine Anfrage im

Landtag gestellt hatte. Waldwirtschaft und Downhiller dürften nicht mit zweierlei Maß gemessen werden, der Staat müsse Grenzen ziehen, mit der Option legaler Strecken. Für gute gegenseitige Umgangsformen plädierte Karl-Heinz Brunemann, Waldbesitzer am Musenberg. Der Vorwurf, dass sich die Waldbesitzer Gesprächen entziehen und „fadenscheinige Argumente“ vorbringen, sei nicht haltbar. Im Internet gebe es von der Gegenseite zahlreiche „Shitstorms, anders kann man es nicht bezeichnen“. Er entferne inzwischen regelmäßig Aufbauten, habe mehrfach mit Downhillern gesprochen und seine Kontaktdaten mitgegeben: „Angerufen hat mich nie jemand.“

Verschiedene legale Modelle

Laut Niedersächsischem Waldgesetz handelt ordnungswidrig, wer „mit einem Fahrrad in der freien Landschaft außerhalb von Wegen fährt“. Routen hangabwärts in einem Gebiet selber erschließen und bewältigen – das sei



der Anspruch beim Downhill-Fahren, so Gleissner. Eine legale Strecke in der Region könne daher nur eine Teillösung sein. Auch Siefker befürchtet: „Eine legale Strecke wird langweilig.“ Und könnte noch mehr Downhiller ins Gebiet holen, die dann auch illegale Strecken nutzen. Für Escher ist daher ein Korridor denkbar, der variable Abfahrten ermögliche. Und diesen nach einigen Jahren zu wechseln: „Wir wollen ja keine dauerhaften Schäden.“ Das setze aber auch feste Ansprechpartner und eine Selbstorganisation der Downhillerszene voraus, die bislang „diffus“ und „kaum greifbar“ sei.



Ein Artikel aus der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 24.04.2017, Autor Frank Muscheid

CDU/FDP-CDW-Gruppe besucht das neue Veranstaltungszentrum Schwagstorf

Im Rahmen unserer Gruppensitzung haben wir am 31. März 2017 im neuen Veranstaltungszentrum Schwagstorf getagt.

Seit 2017 ist aus der fast 50 Jahre alten Halle, unterstützt durch EU- und Landesmittel, das neue Veranstaltungszentrum entstanden, welches 600 Sitzplätze bzw. 1.200 Stehplätze für Großveranstaltungen bietet.

Nach der Begrüßung durch den Ostercappelner Bürgermeister Rainer Ellermann und einer Besichtigung der Räumlichkeiten durften wir in der tollen Halle tagen.



CDU/FDP-CDW-Gruppe zu Besuch auf dem landwirtschaftlichen Betrieb der Familie Holtheide in Berge - Umstellung auf ökologische Landwirtschaft

Am 30. Mai 2017 besuchten wir fraktionsübergreifend den landwirtschaftlichen Betrieb der Familie Guido Holtheide in Berge. Die Familie Holtheide ist gerade dabei ihren bislang konventionell geführten Betrieb auf ökologische Landwirtschaft umzustellen. Jörn Bender vom Verband Biokreis e.V. informierte uns über die Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft in Niedersachsen und die Bedingungen, unter denen ökologisch wirtschaftende Betriebe arbeiten. Dazu gehören bauliche Veränderungen, die Umstellung der Futtergrund-



lage, veränderte Düngevorschriften und die Notwendigkeit zur Anschaffung neuer Maschinen, mit denen das Getreide dann zum Beispiel gestriegelt wird. Beim anschließenden Rundgang über den Hof konnten wir die Milchkühe im Stall anschauen und warfen auch einen Blick auf den Mais, der bei Familie Holtheide erstmals nach ökologischen Vorschriften angebaut wurde. Die Umstellung ist ein gewaltiger Schritt, der gut überlegt sein muss. Wir haben uns auf dem Betrieb sehr wohl gefühlt und wurden umfassend informiert - vielen Dank dafür an die Familie!





CDU/FDP-CDW-Gruppe besucht Greselius-Gymnasium

Der Arbeitskreis Schule der CDU-FDP-CDW Kreistagsfraktion im Landkreis Osnabrück hat das Greselius Gymnasium Bramsche besucht. In einem gemeinsamen Gespräch mit der Schulleiterin des Greselius Gymnasiums, Frau Barbara Bolz, dem Gesamtschulrektor Thomas Behning von der IGS Bramsche sowie weiteren Lehrern war insbesondere die Zukunft der Sekundarstufe II ein wichtiges Thema. Ilka Pötter verwies als Leiterin der Gesprächsrunde hierbei auf die Kooperationsvereinbarung zwischen CDU-FDP-CDW und SPD-UWG im Kreistag. Dort ist klar geregelt, dass die entsprechenden Schüler der IGS in der Oberstufe des Greselius Gymnasiums beschult werden. Die Teilnehmer waren erfreut zu hören, dass die Oberstufe des Greselius Gymnasiums insofern zugleich verstärkte Bemühungen unternommen wird, durch kon-

zeptionelle Weiterentwicklungen auch Schülern der Realschule Bramsche und der IGS einen Abiturabschluss zu ermöglichen. „Erste Gespräche hierzu und die vorgelegten Konzeptentwürfe hierzu begrüßen wir ausdrücklich“, fasste der Bramscher CDU – Kreistagsabgeordnete Andreas Quebbemann zusammen. Nun gelte es gemeinsam die Details auszuarbeiten. Wir wollen die Bramscher Schullandschaft mit ihren vielfältigen Wahlmöglichkeiten erhalten,“ stellte Quebbemann klar. Wenn den Eltern rechtzeitig deutlich gemacht werde, dass Schülerinnen und Schüler bei entsprechend Leistungen auch bei vorherigem Besuch der IGS oder der Realschule gute Perspektiven haben, am Bramscher Gymnasium, das Abitur zu machen, biete dieses letztlich allen Schulen Chancen, so der allgemeine Tenor. Rainer Höveler begrüßte als Vorsitzender des Schul-

ausschusses der Stadt Bramsche, dass alle Teilnehmer sich der Einschätzung der Kreisverwaltung anschlossen, dass selbst bei optimistischen Schülerzahl-schätzungen nicht genügend Schüler für zwei Oberstufen in Bramsche vorhanden sind und es mehr Sinn mache, am Gymnasium eine starke Oberstufe mit einem breiten Angebot an Wahlmöglichkeiten vorzuhalten. Clemens Lammerskitten (CDU) wies darauf hin, dass die Stadt Bramsche und der Landkreis gefordert seien, bedarfsge-rechte und gut ausgestattete Räumlichkeiten an allen Schulen vorzuhalten. Aufgrund der Rückkehr zu 13 Schuljahren wird dieses am Greselius Gymnasium erhebliche Neubaumaßnahmen erfordern, entsprechende Pläne mit Kostenschätzungen würden zeitnah von der Kreisverwaltung vorgelegt, so Kreisrat Matthias Selle

NOZ: Freie Fahrt für Oberstufenschüler im Kreis Osnabrück ab 2018

Die CDU verspricht eisern, das Wahlversprechen für kostenlose Busfahrten für Oberstufenschüler im Landkreis Osnabrück Wort einzulösen. Allerdings werden die Gratis-Fahrten nun wohl frühestens zum Schuljahr 2018/2019 eingeführt.

Die Umsetzung des Wahlversprechens wird den Landkreis Osnabrück pro Jahr nach Berechnungen der Planungsgesellschaft Nahverkehr Osnabrück (Planos) zwischen 1,6 und zwei Millionen Euro kosten. Damit ist klar, dass die zusätzlich 700.000 Euro, die der Landkreis vom Land für die Verbesserung des Busverkehrs bekommt, nicht ausreichen werden, um die zusätzlichen Ausgaben zu decken. CDU-Fraktionschef Martin Bäumler war vor einem Jahr davon ausgegangen, dass die Mehrkosten bei unter einer Million Euro liegen. Im Planungsausschuss kündigte Bäumler nun an: „Wir werden das Geld im Zuge der Haushaltsberatungen bereitstellen.“

„CDU-Fraktionsvorsitzende halten Wahlversprechen ein“

CDU-Kreistagsmitglied Andreas Quebbemann fügte hinzu: „CDU-Fraktionsvorsitzende zeichnet aus, dass sie Wahlversprechen einhalten.“

FDP: Wir werden es umsetzen

FDP-Kreistagsmitglied Jürgen Kieseckamp betonte: „Ich bin fest überzeugt, dass wir Beschlüsse fassen werden, die zur Umsetzung bringen, was CDU und FDP versprochen haben.“

Votum der SPD/UWG-Gruppe entscheidend

Über die Umsetzung wird am Ende das Votum der SPD/UWG-Gruppe entscheiden, die die Realisierbarkeit des Vorhabens bislang zurückhaltend bewertet hatte und erst eine belastbare Kostenschätzung der Verwaltung gefordert hatte. Diese liegt nun vor. Harald Schulte von der Planos erläuterte die einzelnen Positionen. Die Kosten für einen zusätzlich einzusetzenden Bus werden bei rund 675000 Euro liegen und der Ausgleich für die Mindereinnahme bei den Oberstufenschülern der Jahrgänge 11 bis 13 wird bei rund 1,2 Millionen Euro liegen. Nach der Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren (G9) wird es allerdings erst ab dem Jahr 2021 wieder einen zusätzlichen Jahrgang 13 an den Schulen geben. Solange werden die Mindereinnahmen für die Jahrgänge 11 und 12 auf rund 800000 Euro beziffert.

Alle Schüler im Landkreis sollen in ihrer Freizeit kostenlos fahren

Da Bäumers Wahlversprechen auch vorsah, alle Schüler in ihrer Freizeit auch außerhalb ihrer schulischen Wege mit einem kostenlosen Schülerfreizeitticket auszustatten, wurden auch hier die prognostizierten Mindereinnahmen der Verkehrsgemeinschaft Osnabrück berechnet. Die Kostenerstattung durch den Landkreis würde in diesem Fall laut Planos aber nur bei rund 115000 Euro liegen.

SPD sieht realistische Chancen für kostenlose Busfahrten

Der Vorsitzende der SPD/UWG-Gruppe, Thomas Rehme, zeigte sich gerade im Zusammenhang mit dem kostenlosen Schülerfreizeitticket überrascht von den geringen Kosten und konstatierte: „Ohne den Jahrgang 13 wird der Landkreis rund 1,6 Millionen Euro erstatten müssen. Damit sehe ich in den kommenden Haushaltsberatungen realistische Chancen für das Projekt.“

Zunächst keine kostenlosen Fahrten für Berufsschüler

Für die Berufsschüler sieht Rehme jedoch zunächst geringe Chancen, dass auch sie in den Genuss der Freifahrten kommen. Er wies darauf hin, dass die Planos noch nicht berechnen konnte, wie viele der 9800 BBS-Schüler bislang den Bus nutzen und wie hoch demnach die Kostenerstattung für den Landkreis wäre.

Grüne: Wir freuen uns über jeden Schritt in die richtige Richtung

Jürgen Ebert (Grüne) erklärte, dass die Grünen diese Mittel am liebsten bereits in den laufenden Haushalt für einen Projektstart zum kommenden Schuljahr eingestellt hätten, betonte aber: „Wir freuen uns über jeden Schritt in die richtige Richtung.“

Beschluss zu verbesserten Busverkehrsangeboten bis Ende 2017

Fraktionsübergreifende Zustimmung bekam der Antrag der beiden großen Gruppen CDU/FDP/CDW und SPD/UWG, die Verwaltung damit zu beauftragen, bis Ende des Jahres eine Beschlussvorlage zu verbesserten Busverkehrsangeboten im Landkreis Osnabrück zu erarbeiten. Ein Beschluss über die zusätzlichen Kosten soll dann in den kommenden Haushaltsberatungen gefasst werden.

Schnellbuslinien werden im Landkreis Osnabrück geprüft

Die Planos stellte neben den kostenlosen Busfahrten für Schüler noch weitere Maßnahmen vor.

Dazu gehörte die als prüfwürdig

eingeschätzten Schnellbuslinien im Landesbusnetz auf der Achse Ostercappeln - Bad Essen und auf der Achse Bramsche / Bersenbrück - Fürstenau. Zudem stufte die Planos einen gemeinsamen Tarif von Bus und Bahn als bedeutsam ein. Dieser sei insbesondere im Zusammenhang mit einer Landesbuslinie Fürstenau - Bersenbrück wichtig.

Anrufverkehr

Außerdem soll ein Gutachten zu sogenannten „flexiblen Bedienungsformen“ einen einfachen Taktfahrplan sicherstellen und die Nahverkehrsangebote optimieren. Bei den bedarfsorientierten Bedienungsformen wurde aber auch die Maßnahme des öffentlichen Anruf-Nahverkehrs im Nordkreis, im Altkreis Wittlage und im Bereich Glandorf vorgestellt.

Bessere Anbindungen zu Schulen

Als letzte Maßnahme stellte die Planos verbesserte Anbindungen zu den Schulen des Landkreises vor. Genannt wurden mögliche zusätzliche Fahrten insbesondere für die Verbindungen von Wallenhorst zur BBS Bersenbrück, von Bissendorf zum Gymnasium Bad Essen, von Hilter zur BBS Melle und von Bad Laer zur BBS Melle.

Ein Artikel aus der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 13.06.2017, Autor Jean-Charles Fays



Termine:

11. August 2017	14:30 Uhr Gruppensitzung
21. August 2017	10:00 Uhr Kreisausschusssitzung
25. August 2017	14:30 Uhr Gruppensitzung
15. September 2017	14:30 Uhr Gruppensitzung
18. September 2017	10:00 Uhr Kreisausschusssitzung
22. September 2017	14:30 Uhr Gruppensitzung
25. September 2017	14:30 Uhr Gruppensitzung
25. September 2017	14:30 Uhr Kreistagsitzung

Wenn der Sommer
sich verkündet,
Rosenknospe
sich entzündet,
Wer mag solches
Glück entbehren?

Goethe

Die CDU-Kreistagsfraktion
wünscht Ihnen und Ihrer Fa-
milie unbeschwerte Sommertage
und entspannte Ferien.



Impressum:

CDU-Kreistagsfraktion Osnabrück
Fraktionsvorsitzender Martin Bäumer, MdL
Am Schölerberg 1
49082 Osnabrück
Tel.: 0541 501-2084
Fax: 0541 501-4427
cdu.osland@t-online.de
www.cdu-kreistagsfraktion-osnabrueck.de

Öffnungszeiten:

Mo. - Fr. 8:00 - 13:00 Uhr

Mitarbeiterinnen:

Silke Bade
Anne Wiesmann

 CDU-Kreistagsfraktion Osnabrück